



Antrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Schleswig-Holstein steht zu seinen Werften und Zulieferern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zu den Werften in Schleswig-Holstein als wichtige und forschungsstarke industrielle Kerne mit vielen Arbeitsplätzen.
2. Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung, um den Marineschiffbau in seiner gesamten Wertschöpfungskette (Design, Konstruktion, Produktion, Zulieferer und Instandhaltung) als Schlüsseltechnologie zu stärken. Die Vergabep Praxis auf Bundesebene muss so geändert werden, dass Unternehmen in Deutschland beteiligt und die Systemkompetenz aus nationalem Sicherheitsinteresse erhalten bleibt.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, gegenüber der Bundesregierung einen strategischen Dialog zur Perspektive des Marineschiffbaus in Deutschland und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit für die deutsche Marine einzufordern.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für die Aufnahme von Werften und Zulieferern aus Schleswig-Holstein unter den Schutzschirm des Bundes (insbesondere Wirtschaftsstabilisierungsfonds) und in die Bürgschaftsprogramme einzusetzen. Für dadurch mögliche Kredite und Sicherheiten sowie staatliche Beteiligungen müssen sich die Unternehmen verpflichten, Arbeitsplätze und Standorte zu sichern und in innovative sowie klimafreundliche Technologien zu investieren.

5. Sollten die bestehenden Landes- und Bundesprogramme nicht ausreichen, um den Schiffbau in Schleswig-Holstein abzusichern, muss die Landesregierung eigene Initiativen zur Sicherung der maritimen Wirtschaft entwickeln und umsetzen.

Begründung:

Die Werften mit ihren Zulieferern sind wichtige industrielle Kerne in Schleswig-Holstein, die als Standorte mit ihren überwiegend guten, tarifgebundenen Arbeits- und Ausbildungsplätzen erhalten werden müssen. In der Corona-Krise gilt es, Beschäftigung und Strukturen zu sichern. Wichtige Instrumente dafür sind die bundesrechtlichen Regelungen zu Kurzarbeit und Qualifizierung. Parallel müssen sich die Unternehmen mit innovativen und umweltschonenden Produkten etwa alternativen, emissionsarmen Antrieben für die Zukunft aufstellen und die dafür angebotenen Förderprogramme von Bund und Land nutzen.

Serpil Midyatli

Thomas Hölck

und Fraktion

Christian Dirschauer

und die Abgeordneten des SSW